BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

11. JAHRGANG • NR. 70 **JUNI 2012**

STANDPUNKT

2 Politik für NRW mit Kraft, Herz und Verstand

WAHLKREIS

3 SPD in Porz diskutierte über das Urheberrecht
3 Wanderung durch die Wahner Heide

KÖLN

4 Spannende Debatte mit Sören Bartol zu Infrastrukturausbau und Bürgerbeteiligung
4 Bundesunterstützung für Bahnhof Belvedere
5 150 Gäste bei Diskussion mit Franz Müntefering über Generationenpolitik
5 Terminankündigungen

NRW-LANDTAGSWAHL

6 Ergebnisse der Landtagswahl in NRW und Köln

BUNDESTAG

8 SPD-Thesen: „Für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht“
10 SPD-Troika legt Wachstumspapier vor
11 Phoenix-Runde zur EU-Wirtschaftspolitik
11 Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin
12 Artikel von Martin Dörmann für „pro media“: „Schnelles Internet für alle“
13 Entscheidungslösung für mehr Organspender
15 Abschied von Norbert Burger

INFOS UND IMPRESSUM

16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2012, Büros, Impressum

Sieben SPD-Landtagsabgeordnete für Köln

Sie gewannen in den sieben Wahlkreisen Kölns (v. l.): Jochen Ott, Lisa Steinmann, Stephan Gatter, Ingrid Hack, Andreas Kossiski, Gabriele Hammelrath und Martin Börschel (Ergebnisse der NRW-Wahl auf Seite 6)

Für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht

SPD-Positionen ab Seite 8

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 5.6.2012

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Politik für NRW mit Kraft, Herz und Verstand

Das Kontrastprogramm zum schwarz-gelben Trauerspiel im Bund

Liebe Leserinnen und Leser,

das Ergebnis der **Wahlen in NRW** ist gut für das Land, weil es stabile Verhältnisse für eine vernünftige Politik gebracht hat. Der Kurs der rot-grünen Koalition wurde eindrucksvoll bestätigt.

Die deutlichen SPD-Stimmengewinne sind Ausdruck gewachsener Glaubwürdigkeit. **Hannelore Kraft** ist es gelungen, sowohl die Herzen als auch den Verstand der Menschen anzusprechen. Sie hat in den vergangenen zwei Jahren als Ministerpräsidentin umgesetzt, was die SPD vorher versprochen hat, und das trotz einer Minderheitsregierung. Die Wähler/innen haben honoriert, dass sie sich mit viel Empathie und ganzer Kraft für das Land einsetzt.

Abschaffung der Studiengebühren, ein beitragsfreies letztes Kita-Jahr, mehr Mitbestimmung und ein gelungener Schulkompromiss standen deutlich auf der Habenseite. Diesen Schwung muss nun die **neue rot-grüne Landesregierung** für die beginnende Wahlperiode mitnehmen, die Richtung konsequent fortsetzen. Klar ist, dass die Haushaltslage dazu zwingen wird, Prioritäten zu setzen. Ich gehe davon aus, dass Rot-Grün in Düsseldorf auch weiterhin ein erfolgreiches Kontrastprogramm zur dahinsiechenden schwarz-gelben Bundesregierung bietet.

CDU-Spitzenkandidat **Norbert Röttgen** hatte mit seinem halbherzigen, destruktiven Wahlkampf viele frühere CDU-Wähler verschreckt. Da er nicht nur in NRW sondern vor allem auch als Umweltminister in Berlin gescheitert ist, war die Entlassung durch die Bundeskanzlerin durchaus konsequent. Auch wenn der Abgang von der Form her auf beiden Seiten zu wünschen übrig ließ. Als Minister sollte man dem Rücktrittsgesuch der Kanzlerin nachkommen. Und als Kanzlerin sollte man einen Minister mit mehr Menschlichkeit behandeln, wie es der Bundespräsident **Joachim Gauck** bei der Verabschiedung vorgemacht hat.

Es bleibt abzuwarten, ob der neue Bundesumweltminister **Peter Altmaier** die Riesenbaustelle bewältigen kann, die sein Vorgänger hinterlassen hat. Es ist inzwischen jedem klar, dass Schwarz-Gelb die (zweite) Energiewende bislang total verschlafen hat. Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beteiligten Ministerien und fehlende Konzepte drohen gravierende Folgen für Wirtschaft und Verbraucher/innen zu bringen, von hohen Energiepreisen bis hin zu einer unsicheren Energieversorgung. Deshalb muss die Kanzlerin jetzt handeln und alle Beteiligten an einen Tisch bringen, von Stromversorgern bis zu den Bundesländern. Deutschland braucht endlich einen **Masterplan für die Energiewende**.

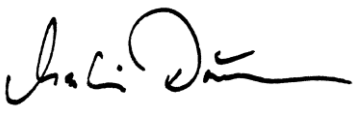
Die SPD fordert:

- Die Netze für Strom aus erneuerbaren Energien müssen schnell geplant und zügig ausgebaut werden. Dies kann am besten mit Hilfe einer Bundes-Netz-AG geschehen, an der der Bund
  - neben den derzeitige Netzbetreibern, Stadtwerken und anderen Unternehmen – mindestens ein Viertel der Anteile besitzt
  - Darüber hinaus brauchen wir geeignete „Energiespeicher“ und bei Bedarf neue hocheffiziente konventionelle Kraftwerke, um die Energiewende abzusichern.
- Die Förderung der erneuerbaren Energien muss verlässlich gestaltet werden. Die Mittel für Energieeinsparung – zum Beispiel durch KfW-Kredite bei der Gebäudesanierung – müssen erhalten und ausgebaut werden.
- Die Energiewende ist ein Gemeinschaftswerk von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Verbraucher/innen. Sie kann am besten durch ein Bundesenergieministerium umgesetzt werden, in dem alle Kompetenzen gebündelt werden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich von Beginn an in unsinnigen Politikprojekten verzettelt, von den Steuergeschenken für Hoteliers bis jüngst zum **Betreuungsgeld**. Es wird Zeit, dass Deutschland wieder gut regiert wird. Aber offensichtlich muss man hierfür noch etwas mehr als ein Jahr warten und auf eine klare **rot-grüne Mehrheit** im Bund hoffen. So, wie es NRW vorgemacht hat.

Herzlichst

Ihr



SPD in Porz diskutierte mit Martin Dörmann über das Urheberrecht

Unterstützung für Kreative und Ärger über Abmahnverfahren

Rund 50 Bürgerinnen und Bürger besuchten am 3. Mai eine Veranstaltung der Porzer SPD im Haus Knott zum derzeit heiß diskutierten Urheberrecht. Wie Grund- und Freiheitsrechte der Bürger mit dem Recht der Urheber geschützter Werke in Einklang gebracht werden können, stand im Fokus der Debatte mit **Martin Dörmann**, der Vorsitzenden des Forum Netzpolitik der KölnSPD, **Valentina Kerst**, sowie **Michael Frenzel**, Manager eines Internet-Unternehmens und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Porz-Mitte, Zündorf, Langel.

Einig waren sich Politik und Bürger darin, dass das Urheberrecht in Deutschland dringend einer Überarbeitung bedarf. Zugleich müsse es Künstlern und Autoren ermöglicht werden, für ihre Arbeit eine gerechte Entlohnung zu erhalten. Viele von ihnen lebten in Deutschland am Rande des Existenzminimums.

Martin Dörmann stellte zu Beginn den aktuellen Diskussionsstand in der SPD-Bundestagsfraktion dar. Angesichts der leichten Kopierbarkeit von digitalen Werken werde das Urheberrecht massenhaft verletzt, auch weil es bei vielen Menschen in der bisherigen Form immer schwerer vermittelbar sei. Es müsse so reformiert werden, dass es den Veränderungen der digitalen Welt gerecht werde, die allgemeine Akzeptanz wieder stärke und eine massenhafte Kriminalisierung von Jugendlichen verhindere: „Dabei geht es der SPD darum, einen gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern herzustellen“, betonte er.

Das Urheberrecht abzuschaffen forderte kein Teilnehmer. Kritisiert wurde jedoch zum Teil eine zu starke Ausrichtung auf die Interessen von Rechteverwerter. Aspekte des Schutzes der Verbraucher/innen würden zu wenig Beachtung finden. Valentina Kerst setzte sich für eine bessere Kennzeichnung urheberrechtlich geschützter Werke ein, um eine legale Verwendung zu erleichtern und den Urhebern neue Verdienstmöglichkeiten zu erschließen: „Es ist unser Ziel, die Modernisierung des Urheberrechts voranzutreiben und nicht zugunsten einzelner Industrien zu zementieren. Wir als SPD müssen einen konstruktiven Dialog führen, der für alle beteiligten mehr Rechtsklarheit schafft.“

„Insbesondere Familien mit Kindern müssen vor Urheberrechtsabzocke geschützt werden“, forderte Michael Frenzel. Es dürfe nicht sein, dass ein versehentlicher falscher Klick von Jugendlichen heute zu horrenden Anwaltsforderungen von 1000 Euro und mehr führen könne. In den von Musik- und Filmkonzernen angestrengten Verfahren sei zudem die Unschuldsvermutung ausgehebelt. Frenzel kritisierte, dass Rechtsschutzversicherungen hier regelmäßig einen Schutz verweigern. Rechteverwerter wie Musik- und Filmkonzerne beschäftigten Internet-Detekteien, die teilweise in Personalverflechtung mit Anwälten Jagd auf Internetnutzer machen, um dann ihre Fangprämien zu kassieren. Der § 97a im Urheberrechtsgesetz müsse deshalb schnellstens so geändert werden, dass für private Internetnutzer eine Verwarngebühr - ähnlich wie bei Verkehrssündern oder bei Schwarzfahrern - auf 40 Euro gedeckelt wird, forderte Michael Frenzel. Massenabmahnungen gehörten inzwischen quasi zur Verwertungskette urheberrechtlich geschützter Werke. Kanzleien nutzten dabei eine Lücke im aktuellen Urheberrecht aus, und unterstellten den Internetnutzern stets ein „gewerbliches Ausmaß“.

Martin Dörmann steuerte dazu aktuelle Zahlen bei, wonach 2011 über 200.000 Internetnutzer kostenpflichtige Abmahnungen erhielten, von denen mehr als 40 Prozent gezahlt hätten. Er kündigte ein Thesenpapier der SPD-Bundestagsfraktion zum Urheberrecht an. Vorgesehen sei beispielsweise eine gesetzliche Initiative, die verhindern solle, dass Abmahnungen von Rechtsanwaltskanzleien als Geschäftsmodell missbraucht würden. Das Urheberrecht dürfe jedoch nicht prinzipiell in Frage gestellt, sondern müsse zeitgemäß reformiert werden.

SPD-Positionen zum Urheberrecht: siehe Seite 8

Traditionelle Wanderung durch die Wahner Heide am 9. September

Unterwegs mit Martin Dörmann und Jürgen Schumann

Zum vierten Mal lädt **Martin Dörmann** interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer gemeinsamen Wanderung durch die Wahner Heide ein. Begleitet und kommentiert wird die Führung erneut durch den Journalisten **Jürgen Schumann**, bekannter Dokumentarfilmer und ausgewiesener Kenner der Heide-Landschaft. Treffpunkt ist am Sonntag, den 9. September um 10:00 Uhr an der Ecke Altenrather Straße/Stellweg (westlicher Parkplatz).

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Je nach Wetterlage wird die Wanderung etwa zwei bis drei Stunden dauern. Nach den Wanderungen der vergangenen Jahre in den nördlichen, westlichen und südlichen Teil der Wahner Heide geht es diesmal in die Ostheide: Rund um den Fliegenberg, mit einem Abstecher zum Kronenweiher, vorbei am Quarzitsteinsee, zum Leyenweiher und wieder zurück zum Ausgangspunkt.

„Forum Bundespolitik“ der KölnSPD mit Sören Bartol, MdB

Spannende Debatte zu Infrastrukturausbau und Bürgerbeteiligung

Am 30. Mai war **Sören Bartol**, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Gast im „Forum Bundespolitik“ der KölnSPD. Als Leiter des Forums begrüßte **Martin Dörmann** seinen Fraktionskollegen zur Fragestellung, wie man die Infrastruktur in Deutschland bürgerfreundlich voranbringen kann.

Sören Bartol erläuterte zunächst das von ihm geleitete Projekt „Infrastrukturkonsens“ der SPD-Fraktion, an dem auch Martin Dörmann für den Bereich Breitbandausbau mitwirkt. Im Projekt werden Konzepte für den Ausbau der Infrastruktur erarbeitet, und zwar insbesondere in den Bereichen Verkehr, Energie, Telekommunikation und Kommunale Infrastruktur. Ein wichtiger Bestandteil ist zudem ein Konzept für Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung, das Bartol näher vorstellte. Kommentiert wurde das Konzept von **Susana dos Santos Herrmann**, stellv. Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, sowie dem SPD-Landtagsabgeordneten und Verkehrsexperten **Jochen Ott**.

Unter den rund 35 Teilnehmern entbrannte eine spannende Debatte. Einig waren sich alle, dass die Akzeptanz für den notwendigen Infrastrukturausbau auch durch eine intensive und frühzeitige Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz von Planungsverfahren gestärkt werden müsse. Gleichzeitig kam bei vielen aber durchaus Skepsis darüber auf, ob am Ende Bürgerentscheide der richtige Weg seien, da die Gefahr bestünde, dass sich hierdurch Einzelinteressen gegen das Allgemeinwohl durchsetzen könnten. Er sei die Verantwortung der Politik, nach einer Bürgerbeteiligung einen gerechten Ausgleich von Interessen herzustellen, betonten einige Gäste.

→ ***Konzept und Bundestagsantrag der SPD-Fraktion zu Bürgerbeteiligung und Infrastrukturausbau:***

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15552,00.pdf

http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/091/1709156.pdf

„Schöne Aussichten“ für Deutschlands ältestes Bahnhofsgebäude

Kölner „Bahnhof Belvedere“ wird mit Bundesmitteln unterstützt

Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen zum Erhalt des denkmalgeschützten Ensembles „Bahnhof Belvedere“ in Köln-Müngersdorf werden mit Bundesmitteln unterstützt. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 23. Mai der Förderung mit Mitteln in Höhe von bis zu 160.000 Euro zugestimmt. Sie werden im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms III vergeben, das beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) angesiedelt ist. Angesichts der Vielzahl von Anträgen aus dem gesamten Bundesgebiet ist mit der Unterstützung für den Bahnhof Belvedere dessen kulturelle Bedeutung besonders gewürdigt und hervorgehoben worden. Es ist das einzige Projekt in der Region, das bei den aktuellen Entscheidungen bedacht wurde.

Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Dr. Rolf Mützenich** hatten gemeinsam einen entsprechenden Antrag persönlich unterstützt, was wesentlich zum Erfolg beigetragen hat: „Wir freuen uns über die Entscheidung sehr. Der Bahnhof Belvedere mit dem ältesten erhaltenen Empfangsgebäude in Deutschland ist ein herausragendes Beispiel der frühen Eisenbahnarchitektur. Die Rheinische Eisenbahngesellschaft hat 1839 neue Wege beschritten, die auch heute noch Beleg für innovativen Unternehmergeist sind. Daher haben wir mit Nachdruck das Anliegen des ‚Förderkreis Bahnhof Belvedere e. V.‘ unterstützt. Damit trägt insbesondere das beispielhafte Engagement des Vereins nun Früchte.“

Der Vorsitzende des Förderkreises Bahnhof Belvedere, **Sebastian Engelhardt**, erklärte ergänzend: „Wir sind hocherfreut über die Bewilligung der Bundesmittel und danken den Kölner Abgeordneten Martin Dörmann und Dr. Rolf Mützenich für ihren konsequenten Einsatz und die Unterstützung bei der Bewerbung um Fördermittel für das Kölner ‚Denkmal von nationaler Bedeutung‘. Mit der Bereitstellung von Mitteln für die vordringliche Dachsanierung ist ein erster wichtiger Schritt für die Restaurierung als Voraussetzung für eine künftige öffentliche Nutzung erfolgt.“

Der Förderkreis Bahnhof Belvedere e. V. hat sich auf der Basis bürgerlichen Engagements gegründet und bemüht sich in enger Kooperation mit der Stadt Köln als Eigentümerin des Denkmalensembles von ehemaligem Bahnhof und Park Belvedere um ein tragfähiges Zukunftskonzept. Schirmherr des Projekts ist Oberbürgermeister **Jürgen Roters**.

„Fraktion vor Ort“ mit Franz Müntefering

Diskussion über Generationenpolitik zog 150 Gäste an

Gastredner in der Reihe „Fraktion vor Ort“ der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten war am 29. Mai **Franz Müntefering**. Er ist Sprecher der Projektgruppe „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion. Rund 150 Besucher kamen zur Diskussion in Deutz über Generationenpolitik.

Der frühere SPD-Parteivorsitzende und Bundesminister erläuterte, die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 20 bis 64 Jahren werde bis 2050 um mehr als 30 Prozent auf etwa 35 Millionen sinken, die Bevölkerung in Deutschland vermutlich von heute 82 Millionen auf deutlich unter 70 Millionen. Das stelle Gesellschaft und Politik vor große Herausforderungen.

Er erläuterte einige Aussagen aus einem Papier der SPD-Fraktion, das kürzlich unter dem Titel „Das Miteinander der Generationen – den Demografischen Wandel gestalten“ vorgestellt wurde. Darin werden in 17 Punkten Handlungsfelder, Vorschläge und Forderungen formuliert, die bei der Bewältigung und Gestaltung des demografischen Wandels besonders wichtig erscheinen.

In der anschließend von **Martin Dörmann** moderierten Talkrunde ging es speziell um den Themenbereich Arbeit. Kölns DGB-Vorsitzender **Andreas Kossiski** und **Karl Tymister**, Geschäftsführer im operativen Bereich der Agentur für Arbeit Köln, beleuchteten insbesondere die Frage, wie der demografische Wandel in den Betrieben bewältigt und dem absehbaren Fachkräftemangel entgegengewirkt werden könne.

Schließlich stellte sich die Diskussionsrunde den zahlreichen Fragen aus dem Publikum. Dabei musste vor allem Franz Müntefering Rede und Antwort stehen – was er gewohnt souverän meisterte. Insgesamt war es aus Sicht aller Beteiligten ein sehr lohnender und informativer Abend.

Diskussionsrunde: Andreas Kossiski, Franz Müntefering, Martin Dörmann und Karl Tymister (v.l.)

Franz Müntefering warb in Deutz engagiert für ein Miteinander der Generationen

→ ***Nähere Infos zum Generationen-Projekt und -Papier der SPD-Fraktion im Rahmen eines Zukunftsdialoges:***

https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/_pages/hintergruende/generationen/

Terminankündigungen

Hinweis auf Kölner Veranstaltungen unter Mitwirkung von Martin Dörmann in den nächsten Wochen:

- „Danke-Renate-Feier“ zur Verabschiedung von **Renate Dinkelbach**: Sonntag, 26. August, 11:00 Uhr
- „Forum Bundespolitik“ mit **Aydan Özoguz** zum Thema Integration: Freitag, 31. August, 16:00 Uhr
- Diskussion des SPD-Stadtbezirks Kalk mit **Prof. Dr. Frank Decker** zu „Rechtsradikalismus“: Mittwoch, 5. September, 18.30 Uhr
- „Fraktion vor Ort“ mit **Martin Schulz** zu Europa: Freitag, 7. September, 15:00 Uhr

→ ***Nähere Infos in der nächsten Ausgabe und stets aktuell auf der Homepage:***

www.martin-doermann.de

NRW-LANDTAGSWAHL

Ergebnisse der Landtagswahl 2012

Die Politik der rot-grünen Koalition wurde deutlich bestätigt. Bei kaum veränderter Wahlbeteiligung von 59,6 % konnte die SPD 4,7 % hinzugewinnen, die CDU verlor 8,2 %. Während die Linke den Sprung über die 5 %-Hürde diesmal verpasste, gelang den Piraten mit 7,8 % erstmals der Einzug in den Landtag.

Stimmergebnisse

Partei	Zweitstimmen	Veränderung
SPD	39,1 %	+ 4,6
CDU	26,3 %	- 8,3
Grüne	11,3 %	- 0,8
FDP	8,6 %	+ 1,9
Piraten	7,8 %	+ 6,3
Linke	2,5 %	- 3,1
Sonstige	4,3 %	- 0,5

Sitzverteilung

Partei	Sitze	Veränderung
SPD	99	+ 32
CDU	67	0
Grüne	29	+ 6
FDP	22	+ 9
Piraten	20	+ 20
GESAMT	237	+ 68

Wahlbeteiligung: 59,6 % (+ 0,3%)

Zusammensetzung der SPD-Landtagsfraktion

Die nachfolgenden 99 Mitglieder der SPD-Fraktion wurden in den Landtag gewählt. Neue Abgeordnete sind kursiv gedruckt:

Adelmann, Roland
Altenkamp, Britta
Andres, Dagmar
Becker, Andreas
Bell, Dietmar
Benninghaus,Walburga
Berghahn, Jürgen
Bialas, Andreas
Bischoff, Rainer
Blask, Inge
Börner, Frank
Börschel, Martin
Bovermann, Rainer
Breuer,Rainer
Dahm, Christian
Dmoch-Schweren, Brigitte
Dudas, Gordan
Eiskirch, Thomas
Feuß, Hans
Fortmeier, Georg
Ganzke, Hartmut
Garbrecht, Günter
Gatter, Stephan
Gebhard, Heike
Geyer, Jens
Gödecke, Carina
Große Brömer, Wolfgang
Hack, Ingrid
Hahnen, Uli
Hammelrath, Gabriele
Hammelrath, Helene
Heinrichs, Falk
Hendricks, Renate
Herter, Marc
Hilser, Dieter
Howe, Inge
Hübner, Michael
Jäger, Ralf
Jahl, Armin
Jansen, Daniela
Jörg, Wolfgang
Kämmerling, Stefan
Kieninger, Gerda
Kopp-Herr, Regina
Körfges, Hans-Willi
Kossiski, Andreas
Kraft, Hannelore
Kramer, Hubertus
Krick, Manfred
Kutschaty, Thomas
Löcker, Carsten
Lück, Angela
Lüders, Nadja
Lux, Eva
Maelzer, Dennis
Marquardt, Thomas
Meesters, Norbert
Müller, Hans Peter
Müller-Witt, Elisabeth
Münchow, Volker
Münstermann, Peter
Neumann, Josef
Ott, Jochen
Philipp, Sarah
Preuß-Buchholz, Iris
Rahe, Ernst-Wilhelm
Römer, Norbert (nachgerückt für Karl-Heinz Krems, welcher aufgrund seiner Ernennung zum Staatssekretär auf sein Mandat verzichtet)
Ruhkemper, Cornelia
Schäfer, Ute
Scheffler, Michael
Schlömer, Dirk
Schmeltzer, Rainer
Schneider, Rene
Schneider, Guntram
Schultheis, Karl
Schulze, Svenja
Spanier-Oppermann, Ina
Steininger-Bludau, Eva
Steinmann, Lisa
Stotko, Thomas
Stotz, Marlies
Sundermann, Frank
Thiel, Reiner
Töns, Markus
Tüttenberg, Achim
van den Berg, Guido
Vogt, Alexander
Voigt-Küppers, Eva
von Grünberg, Felix
Wagener, Tanja
Warden, Marion
Watermann-Kras, Annette
Weckmann, Peter
Weiß, Rüdiger
Weske, Markus
Wolf, Sven
Yetim, Ibrahim
Yüksel, Serdar
Zimkeit, Stefan

→ ***Aktuelle Infos unter:*** **www.spd-fraktion.landtag.nrw.de/spdinternet/www/startseite/index.jsp**

Das Ergebnis in Köln

SPD bleibt stärkste Kraft und holt alle sieben Wahlkreise direkt

Die SPD in Köln liegt mit 35,44 % leicht unter dem Landesergebnis, konnte ihre Stellung als stärkste Kraft aber deutlich ausbauen. Auch hier hat die CDU deutliche Verluste zu verzeichnen. Stimmgewinne konnten neben der SPD die Piraten sowie die FDP verbuchen.

Die SPD errang mit **Martin Börschel**, **Stephan Gatter**, **Ingrid Hack**, **Gabriele Hammelrath**, **Andreas Kossiski** , **Jochen Ott** sowie **Lisa Steinmann** alle sieben Direktmandate. Von anderen Parteien zogen acht Abgeordnete über Liste in den Landtag ein (siehe nächste Seite).

Stimmergebnisse in der Stadt Köln

Partei	Zweitstimmen %	Veränderung %-Punkte
SPD	35,44	+ 4,42
CDU	19,31	- 8,32
Grüne	19,56	- 0,99
FDP	9,83	+ 2,77
Piraten	8,11	+ 6,27
Linke	3,39	- 3,14
Sonstige	4,36	- 2,94

Erststimmenergebnisse in den sieben Kölner Landtagswahlkreisen

Wahlkreis	SPD-Kandidat/in	SPD	CDU	Direkt gewählt
13 Köln I Rodenkirchen, südliche Innenstadt	**Ingrid Hack**	35,89 %	27,67 %	**Ingrid Hack (SPD)**
14 Köln II Lindenthal	**Lisa Steinmann**	35,90 %	32,41 %	**Lisa Steinmann (SPD)**
15 Köln III Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	**Gabriele Hammelrath**	40,80 %	17,22 %	**Gabriele Hammelrath (SPD)**
16 Köln IV Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim	**Andreas Kossiski**	42,65 %	28,54 %	**Andreas Kossiski (SPD)**
17 Köln V Porz, Brück, Rath/Heumar, Merheim	**Jochen Ott**	43,82 %	28,41 %	**Jochen Ott (SPD)**
18 Köln VI Kalk, nördliche Innenstadt	**Stephan Gatter**	39,09 %	21,16 %	**Stephan Gatter (SPD)**
19 Köln VII Mülheim	**Martin Börschel**	45,64 %	21,25 %	**Martin Börschel (SPD)**

Zusätzlich über die Landeslisten der Parteien gewählte Kölner Abgeordnete:

CDU: **Serap Güler**, **Christian Möbius** (Ursula Heinen trat entgegen früherer Ankündigungen ihr Mandat nicht an und bleibt als MdB in Berlin); Bündnis 90/Die Grünen: **Arndt Klocke**, **Andrea Asch**, **Arif Ünal**; FDP: **Yvonne Gebauer**; Piraten: **Stefan Fricke, Daniel Schwerd**

Große Freude beim gewählten SPD-Kandidatenteam

SPD-Jubel schon nach der ersten Hochrechnung

Zweitstimmenergebnisse für die beiden Landtagswahlkreise im Bundestagswahlkreis Köln I

Stephan Gatter bleibt Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 18 (Kalk-West, nördliche Innenstadt), **Jochen Ott** im Wahlkreis 17 (Porz, Kalk-Ost).

17 Köln V
Porz, Poll, Merheim, Brück, Rath/Heumar

Partei	Prozent	Veränderung %-P.	Absolute Stimmen
SPD	**38,65**	**+ 5,24**	**21.630**
CDU	**22,72**	**- 9,03**	**12.717**
Grüne	**13,20**	**- 0,65**	**7.385**
FDP	**9,33**	**+ 2,40**	**5.222**
Piraten	**7,97**	**+ 6,57**	**4.458**
Linke	**2,86**	**- 3,23**	**1.601**

18 Köln VI
Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, nördliche Innenstadt

Partei	Prozent	Veränderung %-P.	Absolute Stimmen
SPD	**35,64**	**+ 3,74**	**17.472**
CDU	**16,25**	**- 1,19**	**7.966**
Grüne	**21,54**	**- 6,68**	**10.559**
Piraten	**8,98**	**+ 6,66**	**4.403**
FDP	**8,50**	**+ 2,30**	**4.165**
Linke	**4,52**	**- 3,73**	**2.216**

Zweitstimmergebnisse in den Landtagswahlkreisen 17 und 18 rechnerisch zusammengefasst (entspricht dem Bundestagswahlkreis Köln I)

Partei	Prozent	Veränderung %-Punkte	Absolute Stimmen
SPD	**37,1**	**+ 4,5**	**39.102**
CDU	**19,5**	**- 5,1**	**20.683**
Grüne	**17,4**	**- 3,7**	**17.944**
FDP	**8,9**	**+ 2,3**	**9.387**
Piraten	**8,5**	**+ 6,6**	**8.861**
Linke	**3,7**	**- 3,5**	**3.817**

Dialogpapier der SPD-Bundestagsfraktion zum Urheberrecht

Der **Arbeitskreis Urheberrecht** der SPD-Bundestagsfraktion, in dem Rechts-, Medien-, Kultur-, Netz-, Verbraucher-, Bildungs- und Forschungspolitiker zusammenarbeiten, hat nach über einem Jahr intensiver Diskussion ein Thesenpapier verabschiedet, das Eckpunkte für eine notwendige Reform des Urheberrechts aufzeigt. An dem Text mitgewirkt haben insbesondere die Abgeordneten **Burkhard Lischka**, **Martin Dörmann**, **Siegmund Ehrmann**, **Lars Klingbeil** als Sprecher für die Bereiche Recht, Medien, Kultur und Netzpolitik sowie **Brigitte Zypries**, Justiziarin der Fraktion. Das Papier umfasst zwölf Thesen, die aufzeigen, auf welche Aspekte bei der Erarbeitung eines zeitgemäßen Urheberrechts geachtet werden muss und wie ein fairer Ausgleich zwischen den Interessengruppen gefunden werden könnte. Es soll ein Dialogangebot sein, um einen intensiven Austausch mit allen beteiligten Akteuren und Interessierten zu forcieren. Ein modernes und gerechtes Urheberrecht kann nur im Dialog aller und nicht gegeneinander gelingen. Nachfolgend dokumentieren wir das vollständige Thesenpapier.

12 Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht

Der Streit um das Urheberrecht hat sich zu einem der zentralen Konflikte der digitalen Gesellschaft entwickelt. Unterschiedliche Interessen von Urhebern, Verwertern, Nutzern und Konsumenten stehen sich häufig scheinbar unversöhnlich gegenüber. Keine Partei oder politische Gruppierung hat bisher eine Antwort auf diesen Konflikt entwickelt, die über Schlagworte und vermeintlich einfache Lösungen hinaus geht.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte mit ihrem Thesenpapier für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht eine ehrliche Debatte über die Zukunft des Urheberrechts führen. Wir setzen uns für eine Modernisierung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft ein, das Kreative und Urheber stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen. Wir wollen sie bei der legitimen Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die Weiterentwicklung des Urheberrechts kann nur im Dialog und nicht gegeneinander gelingen.

1. Die SPD steht für ein modernes Urheberrecht, das den Anforderungen der digitalen Welt Rechnung trägt. Auch im Zeitalter des Internet benötigt geistiges Eigentum angemessenen Schutz – national und international. Die gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen durch das Internet verstehen wir zugleich als Chance, kulturelle Teilhabe und Vermittlung, Demokratie, aber auch Vermarktung und Verbreitung kultureller Angebote zu verbessern. Kreativität und Ideen sind wesentliche Voraussetzungen einer lebendigen Kultur- und Kreativwirtschaft, die ein Motor für Innovationen in Deutschland ist. Wir wollen, dass Autoren, Künstler, Kulturschaffende in Film-, Musik-, Buch- und anderen Branchen ihre kreative und künstlerische Arbeit auch künftig im Internet vermarkten können.

2. Für ein funktionsfähiges Urheberrecht ist es unerlässlich, eine Balance zwischen den beteiligten Akteuren herzustellen. Sie muss darauf ausgerichtet bleiben, einen gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern zu schaffen, um so die Legitimationskrise des Urheberrechts zu stoppen. Darüber hinaus müssen auch die Verteilungsfragen innerhalb der Kreativwirtschaft thematisiert werden.

3. Das Einkommen des Urhebers aus der kommerziellen Verwertung seiner Werke muss fair und angemessen sein. Die SPD tritt dafür ein, den Urheber im Verhältnis zum Verwerter zu stärken. Das seit 10 Jahren geltende Urhebervertragsrecht soll die strukturell schwächere Position des Urhebers in den Vergütungsverhandlungen mit dem Verwerter ausgleichen. Damit das in der Praxis gelingt, müssen die im Gesetz vorgesehenen Konfliktlösungsmechanismen wirksamer gestaltet und um effektive Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden.

4. Das Internet hat die Möglichkeit der Teilhabe am kulturellen Leben vereinfacht, aber auch die Verletzung von Urheberrechten erleichtert. Nutzer können frei und ungehindert auf geschützte Inhalte im Internet zugreifen – legal und illegal. Dies erfordert gleichermaßen Maßnahmen zur Aufklärung und die Vermittlung von Akzeptanz für den Wert geistigen Eigentums sowie effektive Maßnahmen zu dessen Schutz. Zugleich müssen Modelle entwickelt werden, die einfach und nutzerfreundlich eine legale Nutzung geschützter Inhalte ermöglichen und auch den Nutzern Rechtssicherheit bieten. Die Entwicklung legaler kommerzieller Geschäftsmodelle sollte daher unterstützt und vorangetrieben werden. Bestehende attraktive Geschäftsmodelle sind zugleich ein Beleg dafür, dass die Nutzer bereit sind, für derartige Angebote zu zahlen. Auch Modelle der freiwilligen Lizensierung, wie sie beispielsweise die Organisation Creative Commons (CC) in ihren Lizenzvertragsmustern

vorschlägt, können eine nutzerfreundliche Möglichkeit unbürokratischer Rechteeinräumung darstellen und sollten gefördert werden.

5. Eine allgemeine, pauschale Kulturflatrate ist als Modell, Urhebern eine Vergütung aus der nichtkommerziellen Weitergabe und Vervielfältigung von digitalen, urheberrechtlich geschützten Werken zu gewähren, keine geeignete Lösung. Denn eine solche Zwangsabgabe würde zu einer erheblichen Belastung auch derjenigen führen, die das Internet nur in geringem Umfang nutzen. Sie ist im Übrigen mit einer Legalisierung der massenhaften unerlaubten nichtkommerziellen Nutzung digitaler Werke verbunden und entzieht dem Urheber damit die Befugnis, über die Nutzung seines Werkes selbst zu entscheiden. Schwierig ist es auch, eine gerechte Verteilung des Aufkommens an die Künstler, die sich an den Downloadzahlen orientieren müsste, zu gewährleisten. Demgegenüber begrüßt die SPD Modelle, die sich auf die Lizensierung von Musik beziehen. Wir können uns solche Modelle auch für andere digitale Inhalte vorstellen.

6. Das System der kollektiven Rechtewahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften ist ein wichtiges Element zur Sicherung der kulturellen Vielfalt und ist auch im europäischen Kontext weiterzuentwickeln. Das bedeutet aber zugleich, dass die Verwertungsgesellschaften ihren Verpflichtungen zur Transparenz und zur Erfüllung sozialer und kultureller Zwecke besser als bisher nachkommen sowie die Kreativen gerecht am Erlös beteiligen.

7. Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums müssen verhältnismäßig sein. Sie dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht in ihren Grundrechten, insbesondere nicht im Recht auf informationelle Selbstbestimmung und dem Fernmeldegeheimnis unverhältnismäßig beschränken. Eine flächendeckende Inhaltefilterung des Datenstroms oder eine Sperrung des Internetzugangs lehnen wir ebenso ab wie die Einführung eines Warnhinweismodells. Die SPD spricht sich gegen jede Form eines staatlichen two- oder three-strikes-Modells und gegen eine rein private Rechtsdurchsetzung bei Urheberrechtsverletzungen aus.

8. Um dem Akzeptanzverlust des Urheberrechts entgegenzutreten, muss die Rechtsdurchsetzung effektiv, aber verhältnismäßig sein. Geringfügige Rechtsverletzungen oder die Inanspruchnahme von Anschlussinhabern als Störer für das rechtswidrige Verhalten Dritter dürfen private Internetnutzer nicht an den Rand des finanziellen Ruins treiben. Abmahnungen, deren eigentliches Ziel nicht mehr die an sich legitime Rechtsverfolgung, sondern eher ein lukratives Geschäftsmodell für eine kleine Gruppe von Anwälten ist, müssen eingeschränkt werden. Dem Abmahnmissbrauch muss Einhalt geboten werden. Die SPD tritt deshalb für eine effektive Begrenzung des Streitwerts bei einmaligen, geringfügigen Urheberrechtsverstößen ein.

9. Die Erfahrungen mit den Sharehostern kino.to und megaupload.com zeigen, dass Plattformbetreiber, deren Geschäftsmodelle auf die massenhafte Verletzung geistigen Eigentums ausgerichtet sind, schon heute wirksam bekämpft werden können. Dennoch müssen die Regelungen zur Verantwortlichkeit von Hostprovidern überprüft und insoweit neu justiert werden, als es Rechteinhabern schneller als bisher und auch auf internationaler Ebene möglich sein muss, urheberrechtsverletzende Inhalte in einem geordneten und rechtsstaatlichen Verfahren von den Seiten eines Internetanbieters entfernen zu lassen. Außerdem muss sichergestellt sein, dass auf Seiten mit eindeutig urheberrechtsverletzenden Inhalten legal keine Werbeeinnahmen generiert werden dürfen.

10. Presseverleger sollen die unautorisierte Verwendung ihrer Presseerzeugnisse durch Dritte (z.B. News-Aggregatoren, Harvester) effizient verfolgen können. Ob es hierfür gesetzlicher Änderungen bedarf, ist zu prüfen. Von einer besseren Durchsetzung der Rechte für journalistische Inhalte könnten nicht zuletzt auch die Urheber profitieren. Die Einführung eines eigenen Leistungsschutzrechts in der derzeit diskutierten Form ist dazu aber nicht erforderlich. Denn freier Informationsfluss und die Funktionsfähigkeit von Suchmaschinen (oder Blogs und sozialen Netzwerken) ermöglichen erst das Auffinden von Informationen im Internet. Wir wollen nicht, dass dies durch den Schutz von Wortbeiträgen – unabhängig von ihrer Schöpfungshöhe – beeinträchtigt wird.

11. Die SPD steht für ein wissenschafts- und bildungsfreundliches Urheberrecht. Dafür müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden. Wir brauchen ein Zweitverwertungsrecht für wissenschaftliche Autoren, die ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen wollen. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein. Insbesondere die Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen muss dauerhaft auf eine rechtssichere Grundlage gestellt und die Schrankenbestimmung für die öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung entfristet werden.

12. Die Digitalisierung von kulturellen Werken ist ein Baustein für den Erhalt und das Zugänglichmachen des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes. Rechtsunsicherheit bei der Digitalisierung entsteht jedoch dann, wenn der Urheber bzw. seine Erben oder der Rechteinhaber nicht mehr auffindbar sind. Hat eine sorgfältige Suche nach dem Rechteinhaber ergeben, dass dieser nicht feststellbar ist, soll gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung die Lizensierung durch Verwertungsgesellschaften ermöglicht werden. Auf diese Weise können verwaiste oder vergriffene Bücher online zugänglich erhalten werden, die sonst aus dem kulturellen Bewusstsein zu verschwinden drohen.

SPD-Troika präsentiert gemeinsames Papier zu Wachstum in Europa

„Wer sparen will, braucht Wachstum“

Am 15. Mai hat die Troika der SPD, **Frank-Walter Steinmeier**, **Sigmar Gabriel** und **Peer Steinbrück**, ihre Forderungen für einen europäischen Wachstumspakt vorgestellt. Die wirtschaftlichen Folgen einer „einseitig auf Ausgabekürzungen abzielenden Politik sind fatal. Europa droht, daran zu zerbrechen“, heißt es in dem sechsseitigen Papier.

„Europas Weg aus der Krise ist nur durch eine ‚Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft‘ zu erreichen“, stellen die drei Abgeordneten vor der Hauptstadtpresse noch einmal klar: „Weniger spekulative und kurzfristig angelegte Wertschöpfung in Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen, mit mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in Infrastrukturen, die den Strukturwandel befördern.“

In enger Abstimmung mit dem neuen französischen Präsidenten **François Hollande** zeigen SPD-Chef Sigmar Gabriel, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück einen neuen Weg aus der Krise auf – für Wachstum und Beschäftigung in Europa.

Wenn nur gespart und nirgends investiert wird, brechen die Volkswirtschaften zusammen. Deshalb fordert die SPD, den Fiskalpakt um ein starkes Wachstums- und Investitionsprogramm zu ergänzen. Als Voraussetzung für die Zustimmung der SPD zum Fiskalpakt nannten Steinmeier, Gabriel und Steinbrück:

- ein **europäisches Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit** sowie ein europäisches **„Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze“**. Nicht abgerufene **EU-Strukturfondsmittel** sollen den Krisenländern kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.
- die **Ausgabenpolitik der EU** zu verändern. Anstatt mehr als 40 Prozent des EU-Haushalts für Agrarsubventionen auszugeben, plädiert die SPD dafür, stärker in **Forschung, Entwicklung, gute Bildung und wettbewerbsfähige Industrien** zu investieren. Zudem soll die **Europäische Investitionsbank** besser ausgestattet werden.
- eine **entschlossene Regulierung** und eine **gerechte Besteuerung der Finanzmärkte**. Denn: „Wir müssen die Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, um zu Stabilität in Europa zurückzukehren“, heißt es in dem Papier der SPD-Spitze.
- eine **striktere Haftung von Banken** im Fall von Fehlspekulationen sowie eine **Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken**.
- eine **europäische Bankenaufsicht**, die dafür Sorge tragen soll, dass Banken tatsächlich der Realwirtschaft dienen. Die SPD setzt sich außerdem für eine **europäische Ratingagentur ein**. Sie bei der Bewertung der finanziellen Bonität von Staaten ein Gegengewicht zu den privaten Rating-Agenturen schaffen.

Steinmeier sagte vor der Presse, der Fiskalpakt werde nicht am 25. Mai verabschiedet. Am Ende habe auch die Bundesregierung einsehen müssen, dass der Zeitplan völlig unrealistisch gewesen sei. „Ein Zeitplan ist weg, im Augenblick gibt es keinen neuen“, sagte Steinmeier. Es sei „sehr anspruchsvoll“, davon auszugehen, dass Fiskalpakt und der dauerhafte Euro-Rettungsschirm ESM noch vor der Sommerpause abschließend beraten werden sollten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende schlussfolgerte, dass ein deutsches Nein zum Fiskalpakt Einfluss auf die Finanzmärkte hätte - sich diese Frage aber gar nicht stelle: „Wir sind längst einen Schritt weiter, denn Frau Merkel hat ja akzeptieren müssen, dass es Ergänzungen braucht zum reinen Sparen. Das wird ja kommen“, so Steinmeier. Die SPD-Bundestagsfraktion habe zudem stets ihre europapolitische Verantwortung gezeigt. Er ergänzte: „Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die auch Verantwortung in der Opposition trägt, weil sie sich darauf vorbereitet, zu regieren.“ Deshalb könne eine Partei wie die SPD sich nicht die Haltung leisten, „dass wir aus rituellem Oppositionsreflex gegen Europa sind.“

Beim Fiskalpakt hänge die Positionierung von Verhandlungen mit der Regierungskoalition ab, die in den nächsten zwei Wochen anstehen. „Ergebnisse dieser Verhandlungen haben wir dann zu bewerten, und dann werden wir unser Abstimmungsverhalten festlegen.“ Die Regierung braucht zur Ratifizierung des Fiskalpaktgesetzes Zwei-Drittel-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat. Damit ist sie auf Stimmen aus der SPD und von den Grünen angewiesen.

Was kaum noch zu ertragen sei, erklärte Steinmeier, sei die Haltung Angela Merkels, ständig im In- und Ausland Ratschläge zu erteilen, die nicht einmal den eigenen Erfahrungen entsprächen.

Mit Blick auf Griechenland stellte Steinmeier fest, dass es nun gelte, die nötigen Einsparungen für die Menschen sozial abzufedern. Die griechischen Probleme gingen auch die Deutschen etwas an, das gehöre nicht zuletzt zur europäischen Tradition. Die Troika signalisierte Sympathien für die Vorschläge des luxemburgischen Regierungschefs **Jean-Claude Juncker**, angesichts der ungewissen Regierungsbildung in Griechenland die Zeitachse für die Griechen etwas zu vergrößern.

→ ***Das Positionspapier ist eingestellt unter:***

www.spd.de/linkableblob/72310/data/20120515_wachstumspakt.pdf

Phoenix-Runde zur Wirtschaftspolitik in Europa

Martin Dörmann diskutierte mit Wirtschaftsexperten

Am 22. Mai war **Martin Dörmann** als SPD-Wirtschaftspolitiker zu Gast in der Phoenix-Runde zum Thema „Deutschland boomt, Europa schwächelt – Wie lange geht das gut?“. Unter Moderation von **Pinar Atalay** diskutierte er mit **Prof. Rudolf Hickel** (Universität Bremen), **Prof. Michael Hüther** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) sowie der Journalistin **Birgit Marschall** (Rheinische Post). Im Zusammenhang mit der Euro-Krise und der schwierigen wirtschaftlichen Situation vieler Länder in Europa forderte er eine aktive Wachstumspolitik und erläuterte die SPD-Positionen hierzu. Durch eine Umschichtung von EU-Mitteln sowie eine Finanztransaktionssteuer könnten Wachstumsimpulse ohne zusätzliche Schuldenaufnahme gesetzt werden. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit müsse konsequent bekämpft, der Finanzsektor stärker reguliert und an den Kosten beteiligt werden.

→ ***Die Sendung ist im Internet abrufbar in der Phoenix-Mediathek unter:***
http://www.phoenix.de/content/496389

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin

Einblicke in die Arbeit des Bundestages

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war Ende Mai wieder eine Besuchergruppe aus Köln zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen. Diesmal mit dabei waren Menschen aller Altersgruppen, die sich in besonderer Weise ehrenamtlich engagieren, sei es politisch oder in Vereinen.

Bei der traditionellen Diskussionsrunde mit dem Bundestagsabgeordneten wurde wieder eine breite Palette von Themen miteinander diskutiert, von der Arbeitsweise des Bundestages über die Euro-Krise bis hin zu Fragen der Medien- und Netzpolitik.

SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet Breitbandkonzept im Expertendialog

Schnelles Internet für alle

Von Martin Dörmann , MdB

Ein Dreivierteljahr hat sich die SPD-Bundestagsfraktion Zeit genommen, um in monatlichen Workshops mit Fachleuten ihr neues Breitbandkonzept zu erarbeiten. Es verfolgt drei wesentliche Zielsetzungen: wir wollen endlich eine flächendeckende Grundversorgung mit schnellen Internetverbindungen umsetzen und dies durch eine Universaldienstverpflichtung absichern. Mittelfristig soll eine Qualitätsentwicklung mit Geschwindigkeiten von mindestens sechs MBit/s realisiert werden. Und schließlich geht es um den schrittweisen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen, die deutlich höhere Bandbreiten ermöglichen und auch den zukünftigen Anforderungen an eine moderne Breitbandinfrastruktur gerecht werden.

Um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung voll nutzen zu können, bedarf es einer hochleistungsfähigen Breitbandversorgung. Diese sollte möglichst flächendeckend umgesetzt werden, damit alle Menschen und Regionen am Fortschritt teilhaben können. Wer ohne schnelle Internetverbindung ist, droht im wahrsten Sinne des Wortes den Anschluss zu verlieren.

Deutschland bleibt bislang unter seinen Möglichkeiten. Die Bundesregierung wird voraussichtlich sämtliche Zielvorgaben ihrer Breitbandstrategie verfehlen. Das Ausbauziel einer flächendeckenden Versorgung mit 1 MBit/s bis 2010 wurde bereits verpasst. Auch die zweite Messlatte droht gerissen zu werden, nämlich die Versorgung von 75 Prozent der Haushalte mit mindestens 50 MBit/s bis 2014. Der 2. Monitoringbericht zur Breitbandstrategie des Bundes stellt ausdrücklich fest, dass „die Ausbauanstrengungen deutlich zu verstärken“ wären, um das Ziel noch zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Bundestagfraktion ihr bisheriges Breitbandkonzept weiter präzisiert und neu erarbeitet. Und zwar in einem intensiven Dialogprozess, an dem sich zahlreiche Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften beteiligt haben. Das bislang einzigartige Projekt unter dem Titel „Infrastrukturkonsens“ wird in den nächsten Wochen abgeschlossen.

Bei der Breitbandversorgung ist zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen zu unterscheiden. Eine flächendeckende Grundversorgung sollte nun endlich zeitnah realisiert und durch eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung abgesichert werden. Denn die Verfügbarkeit schneller Internetverbindungen ist zum unverzichtbaren Bestandteil der medialen und kommunikativen Daseinsvorsorge geworden. Zumindest die Nutzung klassischer Internetanwendungen in angemessener Qualität muss allen ermöglicht werden. Sie benötigen derzeit Bandbreiten von rund 2 MBit/s. Dazu zählen beispielsweise das Abrufen von Informationsangeboten und die Nutzung von E-Mail-Diensten, die Teilnahme an sozialen Netzwerken oder das Einkaufen im Netz.

Zur Absicherung der Grundversorgung will die SPD eine Universaldienstverpflichtung ins Telekommunikationsgesetz aufnehmen. Bei der Festlegung einer bestimmten Bandbreite müssen wir uns an europarechtliche Vorgaben halten. Es gilt deshalb zunächst, die von der Nutzermehrheit verwendete Bandbreite zu ermitteln, weil die EU insofern eine Begrenzung vorsieht. Das Instrument greift nur für die Basisversorgung. Zudem muss der Universaldienst technikneutral und unter Minimierung von Marktverzerrungen festgelegt werden. Zur Finanzierung sehen wir eine Unternehmensabgabe vor, die auf die Unternehmen der Branche entsprechend ihren Marktanteilen umzulegen ist.

Während wir bei den Experten bezüglich unserer Bestandsanalyse und den meisten von uns vorgesehenen Maßnahmen auf breite Zustimmung gestoßen sind, lehnen betroffene TK-Unternehmen eine Universaldienstverpflichtung ab - sicherlich nicht zuletzt wegen der von ihnen zu tragenden Umlagekosten. Sie argumentieren mit möglichen Wettbewerbsverzerrungen und verweisen auf den Ausbau der LTE-Technologie, die doch bis 2013 zu einer Versorgungsquote von etwa 99 Prozent führen würde.

Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass angesichts der verbleibenden Lücken und Unsicherheiten nur ein gesetzliches Sicherheitsnetz die politischen Zielvorgaben verbindlich absichern kann. Hierdurch ist weder mit unverhältnismäßigem Aufwand noch mit Marktverzerrungen zu rechnen. Denn eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung würde letztlich in einem Restbereich „weißer Flecken“ greifen, die eigentlich niemand mehr hinnehmen sollte. Sie kann sich faktisch nur auf die Gebiete auswirken, in denen ein Zugang mit einer entsprechenden Bandbreite nicht vorhanden ist. Wo kein Wettbewerb herrscht, kann es aber auch keine Wettbewerbsverzerrungen geben. Die gern zitierten einzelnen Bauernhöfe in Randbereichen könnten kostengünstig durch Satellitenangebote versorgt werden, die zwar grundsätzlich bundesweit verfügbar sind, aber eben nur für eine begrenzte Anzahl von Haushalten.

Wir müssten über „weiße Flecken“ gar nicht mehr diskutieren, wenn den Mobilfunkunternehmen bei der letzten Frequenzversteigerung nicht eine LTE-Versorgungsauflage von lediglich 90 statt 100 Prozent vorgegeben worden wäre. Das hat sich im Nachhinein als Fehler erwiesen. Bemerkenswerterweise hat die Bundesnetzagentur in einer kürzlichen Mitteilung ausgeführt, eine vollständige Abdeckung hätte damals nicht vorgeschrieben werden können, weil eine Breitband-Universaldienstverpflichtung im Telekommunikationsgesetz nicht vorgesehen sei. Hinter vorgehaltener Hand räumen Unternehmensvertreter übrigens durchaus ein, die Realisierung eines Universaldienstes mit einer vollständigen Abdeckung von 2 MBit/s wäre für sie letztlich durchaus verkraftbar.

Über die rechtlich abgesicherte Grundversorgung hinaus wollen wir eine dynamische Entwicklung ermöglichen, die den zunehmenden Bedarf an Bandbreiten berücksichtigt und eine digitale Spaltung zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen vermeidet. Mittelfristig ist eine flächendeckende Breitbandversorgung von mindestens 6 MBit/s anzustreben. Mit ihr lassen sich beispielsweise IP-TV sowie „video-on-demand“-Anwendungen realisieren. Zudem kann man hierdurch die Trends zu höheren Uploadraten (etwa im Zusammenhang mit Cloud Computing) und zur Parallelnutzung von Anwendungen in Familienhaushalten besser berücksichtigen.

Darüber hinaus brauchen wir den weiteren Ausbau von Netzen, die hohe Geschwindigkeiten von 50 MBit/s und mehr ermöglichen, da der Bandbreitenbedarf mit neuen anspruchsvolleren Anwendungen oder etwa der massenhaften Nutzung von HD-TV per Internet weiter wachsen wird. Dem weiteren Ausbau des Glasfasernetzes zumindest bis zu den Kabelverzweigern und den Mobilfunkantennenstandorten kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Er ertüchtigt bereits vorhandene Netze und sorgt so für einen schrittweise Realisierung höherer Bandbreiten, sowohl im Festnetz- als auch im Mobilfunkbereich.

Glasfaserausbau ist jedoch sehr kostenintensiv, soweit er mit Tiefbauarbeiten verbunden ist. Er rechnet sich in vielen Bereichen noch nicht, auch wegen der bislang eher begrenzten Bereitschaft der Kunden, für höhere Bandbreiten auch mehr Geld zu zahlen. In unserem Breitbandkonzept sehen wir deshalb eine Vielzahl von Maßnahmen vor, um die Rahmenbedingungen für Investitionen nachhaltig zu verbessern und Wirtschaftlichkeitslücken schrittweise zu schließen. Dazu gehören beispielsweise: wettbewerbs- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen im Telekommunikationsgesetz und in der Regulierungspraxis; verstärkte Kooperation von Unternehmen, etwa über die Klärung eines „Open-Access“-Marktmodells; Kostenreduzierungen durch Synergieeffekte; bessere staatliche Fördermöglichkeiten sowie eine optimierte Abstimmung zwischen, Bund, Ländern und Kommunen.

Deutschland braucht eine aktive Infrastrukturpolitik – auch und gerade beim Breitbandausbau.

Martin Dörmann *ist medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Leiter der Projektarbeitsgruppe Telekommunikationsnetze. Der Artikel ist ein Gastbeitrag für das medienpolitische Magazin „pro media“ (Ausgabe 6, Juni 2012)*

Durch Entscheidungslösung mehr Organspender gewinnen

Neue Regelung soll zukünftig mehr Leben retten

Rund 1000 Menschen sterben pro Jahr, weil kein geeignetes Spenderorgan für sie gefunden werden kann. 12.000 Menschen warten dringend auf eine Organtransplantation. Auch wenn viele Menschen in Umfragen ihre Bereitschaft zur Organspende erklären, klafft eine große Lücke zwischen denen, die grundsätzlich bereit sind, zu spenden und denen, die ihre Bereitschaft auf einem Organspendeausweis dokumentieren. Um diese Lücke zu schließen hat der Bundestag am 25. Mai fraktionsübergreifend eine Änderung des Transplantationsgesetzes (Drs. 17/9030, 17/9774, 17/7376, 17/9773) beschlossen, die darauf abzielt, mehr Menschen dazu zu bringen, einen Organspendeausweis auszufüllen und ihn bei sich zu tragen.

Ziel der Gesetzlichen Regelung: Möglichst vielen Menschen helfen

Es sei eine Frage der Verantwortung, der Mildtätigkeit und der Solidarität, dass die vorgelegten Gesetzentwürfe vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen würden, sagte der SPD-Fraktionschef, Frank-Walter Steinmeier, in der Debatte zur 2./.3 Lesung zur Änderung des Transplantationsgesetzes. Viele hätten intensiv daran mitgearbeitet, sowohl im Parlament als auch von außen. Ihnen allen dankte Steinmeier. Das Ziel sei, Hilfe zu organisieren für Todkranke, die ohne Organspende nicht überleben könnten. Recht und Gesetz könnten Zweifel ausräumen und eine Richtung geben. Steinmeier erinnerte in seiner Rede daran, dass mit dem Transplantationsgesetz vor 15 Jahren auch franktionsübergreifend ein erster wichtiger Schritt beschlossen wurde. Die jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe der Regierung und des Parlaments bildeten laut Steinmeier eine gute Grundlage, dass möglichst vielen Menschen geholfen werden könne.

Situation von Lebendspendern deutlich verbessert

Entscheidend sei für ihn eine Verbesserung, über

die die Medien weniger berichteten, nämlich die verpflichtende Bestellung von Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern. Ebenso betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende, dass es wichtig war, dass für die Lebendspender Lösungen gefunden wurden, die ihre Situation deutlich verbesserten. Er selbst habe viele Briefe erhalten, in denen Lebendspender darüber klagten, dass ihre Krankenkassen und Arbeitgeber sie im Regen stehen gelassen hätten.

Auf der Suche nach einer gesetzlichen Regelung, mit der erreicht werden solle, mehr Menschen dazu zu bringen, ihre Organspendenbereitschaft zu dokumentieren, hätten sich die Fraktionen auf die Entscheidungslösung geeinigt. Es habe sich immer wieder gezeigt, dass die Menschen, die grundsätzlich bereit seien, Organe zu spenden, nicht handelten, wenn es konkret darum gehe, die Bereitschaft festzuhalten. „Wir wollen den Menschen auf die Pelle rücken“, sagte Steinmeier. Mit den Gesetzbeschlüssen nehme der Bundestag seine Aufgabe wahr, die Menschen dazu anzuhalten, sich mit der Frage der Organspendenbereitschaft auseinander zu setzen und eine Entscheidung zu treffen. Die Krankenkassen würden sich nun darum kümmern, dass „die Organspendeausweise zu den Menschen kommen“, damit sie möglichst ihre Bereitschaft dokumentieren. Dies sei eine „Serviceleistung, keiner wird gezwungen“, stellte Steinmeier klar.

„Es gibt kein Recht, in Ruhe gelassen zu werden“

Die Debatte darüber, ob der Staat, die Menschen bedrängen dürfe, liefe an der Sache vorbei. Im Kern gehe es um die Abwägung zwischen den Interessen derjenigen, die vom Staat in Ruhe gelassen werden wollten und den Interessen der Kranken, die eine Organspende bräuchten, zu treffen. „Es gibt kein Recht, in Ruhe gelassen zu werden“, sagte der SPD-Fraktionschef. Es sollten nicht alle zu Organspendern gemacht werden, es gehe darum, die Menschen aufzufordern, sich der Frage zu stellen. Wer darauf eine Antwort finde, entbinde auch die Angehörigen nach dem Tod davon, über eine mögliche Spende entscheiden zu müssen. Es sei eine Frage der Verantwortung, die „nicht über den Tod hinaus verschoben werden kann“, erklärte Steinmeier.

Konkrete Maßnahmen des Gesetzes:

Die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen schreiben ihre Versicherten im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes an. Danach erfolgt dies alle zwei Jahre und mit Einführung der elektronischen Gesundheitskarte alle fünf Jahre. Einen Zwang zur Entscheidung gibt es nicht. Außerdem sollen die Krankenversicherungen über das Verhältnis der Organspendeerklärung zu einer Patientenverfügung informieren.

Die Bundesländer werden verpflichtet, bei der Ausgabe von Ausweisdokumenten Organspendeausweise und Aufklärungsmaterial bereit zu halten. Im Bereich der Bundesbehörden muss vor allem die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung über Organ- und Gewebespenden informieren. Dafür werden die notwendigen Mittel bereitgestellt. Von 2016 an soll es voraussichtlich möglich sein, die Organspendebereitschaft auf Wunsch der Versicherten auf der elektronischen Gesundheitskarte festzuhalten.

Transplantationsbeauftragte in den Krankenhäusern

Im Gesetzentwurf der Regierung werden technisch-organisatorische Fragen der Organspende geregelt. Das betrifft die Abläufe in Krankenhäusern, wie die verpflichtende Ernennung von Transplantationsbeauftragten, und die bessere Absicherung von Lebendspendern. Ihre Situation konnte im Gesetzgebungsverfahren noch deutlich verbessert werden. Das bedeutet, dass sie einen Krankengeldanspruch in Höhe ihres ausgefallenen Erwerbseinkommens erhalten. Dafür und für die fälligen Sozialversicherungsbeiträge soll künftig die Krankenkasse des Organempfängers aufkommen. Außerdem sollen Lebendspender einen Anspruch auf medizinische Behandlung, Rehablilitation und Fahrtkosten bekommen. Bei Folgeerkrankungen, die mit zeitlicher Verzögerung auftreten, soll die Krankenkasse des Spenders für die Behandlung zuständig sein. Auch in die Erarbeitung des Regierungsentwurfs war die SPD-Fraktion aktiv eingebunden und wird ihn mitgetragen.

Insgesamt ist mit diesem Kompromiss eine tragfähige Lösung gelungen, die als fraktionsübergreifende Einigung ein starkes Signal für die Förderung der Organspende ist.

Zum Foto: SPD-Bundestagsabgeordnete präsentierten vor der Abstimmung ihren Organspendeausweis. Sie wollen so dafür werben, dass sich möglichst viele Menschen beteiligen.

Abschied von Norbert Burger

Kölns langjähriger Oberbürgermeister hat sich große Verdienste erworben

Mit bewegenden Trauerfeierlichkeiten hat Köln am 25. Mai Abschied von **Norbert Burger** genommen. Der langjährige Oberbürgermeister und Ehrenbürger der Stadt war wenige Tage zuvor nach langer Krankheit gestorben. Mit seiner Ehefrau **Claudia Burger**, der Familie sowie vielen Bürgerinnen und Bürgern trauert auch die Kölner SPD. Deren Vorsitzender **Jochen Ott**: „Wir verlieren mit Norbert Burger einen Sozialdemokraten im besten Sinne. Die Idee der sozialen Demokratie und der Einsatz für ein sozial gerechtes Gemeinwesen waren stets Antrieb seines politischen Handelns.“ **Martin Dörmann**: „Seine Persönlichkeit, sein Lachen und seine Menschlichkeit werden uns sehr fehlen.“

1957 trat Norbert Burger der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. Schnell wurde ihm die Partei zur politischen Heimat. Die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit waren fortan Leitlinie seines politischen Handels. Norbert Burger engagierte sich direkt vor Ort auf Ortsvereinsebene, bekam so die Sorgen und Nöte der Menschen hautnah mit und erlebte vor allem, wie unmittelbar Kommunalpolitik die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag betrifft. Diese frühen Erfahrungen haben ihn geprägt und waren ihm später bei der Ausübung seiner verschiedenen Ämter für die Stadt Köln sehr hilfreich. Er selbst sprach immer wieder von der Kommunalpolitik als „bürgernächste politische Ebene“.

Insgesamt hat Norbert Burger 34 Jahre für die Stadt Köln gearbeitet - davon 10 als Beamter und 24 Jahre als Ratsmitglied und Oberbürgermeister. 1963 - nach dem 2. Juristischen Staatsexamen – trat er als Beamter in den Dienst der Stadt Köln ein. Zunächst war er als Rechtsrat im Rechtsamt tätig, bevor er 1965 die Leitung des Schulverwaltungsamtes übernahm. Unter seiner Federführung ist es gelungen, den Schul- und Bildungsbereich weiterzuentwickeln und den damaligen Anforderungen anzupassen.

1970 wurde Norbert Burger zum städtischen Beigeordneten für Jugend und Soziales gewählt. In seine Amtszeit als Sozialdezernent fielen unter anderem die Ausweitung des Angebots städtischer Kindergärten, der Ausbau und die Umstrukturierung der städtischen Alten- und Pflegeheime sowie die Verbesserung der Wohnraumversorgung insbesondere für sozial schwächere Bürger.

Trotz seiner Erfolge suchte Norbert Burger eine neue berufliche Herausforderung und wechselte 1973 als stellvertretender Chef des Presse- und Informationsamtes in den Dienst der Bundesregierung. Es war auch die Aufbruchsstimmung unter Bundeskanzler **Willy Brandt** und dessen Losung „Mehr Demokratie wagen!“, die Norbert Burger zu diesem Schritt nach Bonn veranlassten. Dem politischen Geschehen in seiner Heimatstadt Köln blieb er jedoch verbunden. 1975 wurde Norbert Burger in den Rat der Stadt Köln gewählt. Als Vorsitzender des Sozialausschusses konnte er viele Projekte, die er zuvor als Dezernent auf den Weg gebracht hatte, nun weiter vorantreiben. Außerdem war er Mitglied im Vorstand der SPD-Ratsfraktion.

Am 28. Oktober 1980 wählte der Rat der Stadt Köln Norbert Burger zum Oberbürgermeister. Dieses Amt hat er 19 Jahre bis zu seinem Ausscheiden am 30. September 1999 ausgefüllt; damit ist er der dienstälteste Kölner Oberbürgermeister im vergangenen Jahrhundert. Norbert Burger war ein Oberbürgermeister, der es verstand, Menschen und Meinungen zusammen zu führen. Er lud ein zu Technologie- und Medienrunden sowie zu Arbeitsmarktkonferenzen. Denn für ihn war klar: Die Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels mussten mit vereinter Kraft gemeistert werden.

Sein Wirken als Oberbürgermeister beschränkte sich nicht nur auf Köln. So hat er sich die Völkerverständigung auf kommunaler Ebene zur Aufgabe gemacht. „Norbert Burger ist es glänzend gelungen, das Kommunale und das Internationale miteinander zu verbinden. Da war er ganz Sozialdemokrat“, stellte **Martin Börschel** fest. Der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion war einer der Redner bei der Trauerfeier im Historischen Rathaus.

OB Jürgen Roters würdigte Norbert Burgers Verdienste

Letztes Geleit der Roten Funken (Friedhof Melaten)

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke,
Marcel Röthig

Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag. de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)
Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter
Frank Heinz
Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin
Renate Dinkelbach
Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Die Sitzungswochen **2012**: 3., 4., 6., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 26., 27., 37., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:
www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz

BILDNACHWEIS

Büro Bartol S. 4;
Büro Dörmann S. 2, 15 oben;
Büro Schwingkopf S. 1;
Deutscher Bundestag: S. 2;
Juri Jania S. 7 rechts;
Frank Risse S. 7 links, 15 unten;
Bundespresse- und Informationsamt S. 11 unten;
Phoenix S. 11;
SPD-Bundestagsfraktion, Urban S. 14

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de